

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
ausschließl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
Code-Zeitung eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Zeitung“ gestattet.
Erscheinung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Belegungs-Abteilung Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7 gefalteten Kolonnen
oder deren Raum mit 30 Pfg. berech-
net und in unseren Annoncenstellen
und allen Anzeigenstellen ange-
nommen. Reklamen die Zeile 1 Mt.
Schlag der Anzeigen-Annahme
vom. 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abbestel-
lungen von Anzeigenaufträgen, sowie
solche folgende mit 10 Pfg. schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheinungst. 2mal, Sonntags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Verlags-
stelle: Halle, Gr. Sandenstraße 11.
Leben-Verlagsstellen: Markt 20
und Gr. Ulrichstraße 52.

Nr. 58.

Halle, Montag, den 4. Februar

1918.

Begen Trozki Verschleppungspolitik.

Zeitweise gesteigerte Feuerfähigkeit im Westen. — Fortdauer der Erkundungstätigkeit.

Trozki macht neue Schwierigkeiten.

Rußland will jetzt auch die Selbständigkeit Polens nicht anerkennen. — Scharfe Abwehr Trozki durch Czernin und Kühlmann.

Brest-Litowsk, 3. Februar. Heute vormittag hielt die deutsch-österreichisch-russische Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen eine weitere Sitzung ab. Staatssekretär von Kühlmann erklärte zur Frage der Einbindung Polens, Zualassung von Vertretern der westlichen Randstaaten zu den Verhandlungen, der frühere Standpunkt der Mittelmächte in dieser Angelegenheit sei vollkommen unverändert geblieben. Hinsichtlich der Zuziehung einer Abordnung der polnischen Regierung zu den heutigen Verhandlungen erklärte Trozki:

Wir erkennen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des polnischen Staates im vollen Umfange an.

Diese Selbständigkeit ist aber nur eine scheinbare, so lange Polen unter dem Regime der Besatzung steht. Wir können nicht diejenigen Vertreter, die durch den Willen der besetzenden Behörden eingesetzt worden sind, als die Vertreter des polnischen Volkes ansehen. Als Bevollmächtigte zur Teilnahme an diesen Verhandlungen könnte er nur eine Vertretung Polens ansehen, welche sich auf die breiten Massen stützen würde.

Staatssekretär v. Kühlmann erwiderte, er wisse nicht, warum der Besetzende der russischen Delegation von den westlichen Mandatären heute die Polen ausgesondert habe, er staube aber, einen gewissen Fortschritt darin erkennen zu können, daß Herr Trozki die Selbständigkeit des polnischen Staates im vollen Umfange anerkannt habe. Wenn Herr Trozki auch für die anderen westlichen Mandatäre Rußlands die Selbständigkeit anerkennen wollte, so würden die Verhandlungen hinweg einen entscheidenden Schritt vorwärts kommen. In Erwartung einer Antwortung Trozki, daß die Regierung der Mittelmächte die neue finnische Republik noch nicht anerkannt haben, erklärte Staatssekretär v. Kühlmann:

Die Stellungnahme zu den Zuständen in Finnland muß vorbehalten werden, bis wir mit Rücksicht darauf, daß ihm von finnischer Seite zahlreiche Klagen darüber ungelommen seien, daß die mehrfach geäußerten Wünsche auf Zurückziehung der russischen Truppen aus Finnland von der russischen Regierung nicht in befriedigender Weise beantwortet worden seien.

Mit Verweisung auf den Bericht des Czernin, daß Trozki mit keiner konkreten Erklärung den westlichen Mandatären die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt habe, dagegen vermöge er nicht zuzugeben, daß die Frage, ob die gegenwärtige polnische Regierung den polnischen Staat zu vertreten berechtigt ist, einem Schiedsgericht einer dritten Regierung unterliege. Zur Klärung dieser Frage bemerkte Trozki:

Als der finnische Senat sich mit der Bitte um Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands nach Petersburg wandert habe, habe dieser selbst den Gedanken geäußert, daß die Truppen baldmöglichst nach Abschluß des Krieges zurückgezogen würden. Es

sei nicht ausgeschlossen, daß zwischen Abteilungs- und russischen Truppen und Teilen der finnischen Bürger-Armee Zusammenstöße stattgefunden hätten, doch blieben diese Zusammenstöße ohne irgend welchen Einfluß auf den Gang der inneren Kämpfe in Finnland. Was die Heranziehung polnischer Vertreter betreffe, so könne er im vollen Umfange das Recht des polnischen Volkes an, sich selbständig und unabhängig zu erklären, aber er wolle nicht die Augen davor verschließen, daß dieser polnische Staat jetzt von Trozki besetzt ist und daß die polnische Regierung sich nur innerhalb der Grenzen bewegen dürfe, die ihr von oben her gesetzt wurden. Wenn der Staat weder Grenzen noch einen König habe, dann sei er kein Staat und kein Völkervertrag. Man habe es hier mit noch nicht genügend geklärten Verhältnissen zu tun. — Was die Bemerkung des Besetzenden der österreichisch-ungarischen Delegation habe er zu erwähnen, daß seine Regierung durchaus nicht als Schiedsrichter in dieser Frage auftreten wolle. Sie schloß einen Akt zur Anerkennung der Berechtigung der polnischen Regierung vor.

Minister des Äußeren Graf Czernin bemerkte, die Delegation der vormaligen Mächte sei nicht hierher gekommen, um einen gegenseitigen Zwiespruch anzufachen, sondern um zu versuchen, ob und inwiefern es möglich sei, zu einer Verständigung zu gelangen. Der polnische Staat sei in Entwicklung begriffen und seine Entwicklung sei noch nicht abgeschlossen. Deshalb habe Polen auch noch keine feststehenden Grenzen, aber auch die russische Republik habe noch keine feststehenden Grenzen, was indessen die Mächte des Brest-Litowsk nicht hindere, mit der gegenwärtigen russischen Regierung zu verhandeln. Wenn Herr Trozki gegen die Mächte des Brest-Litowsk den Versuch zu erheben scheine, daß sie eine finnische Regierung nicht anerkennen, so müsse er festhalten, daß ihm von der Mächtigen eines Völkervertrages nichts bekannt sei.

Staatssekretär von Kühlmann bemerkte, aus der gegen die Erklärung Trozki habe er den Beweis gewonnen, als hätte derselbe damit rückwärts die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt. Nun habe aber Herr Trozki in einer zweiten Erklärung ausgeführt, daß Polen mangel fester Grenzen und mangels eines Königs weder ein Staat noch ein Königreich sei. Er müsse doch darauf hinweisen, daß man

vollständig in die Wollen verlore, wenn man die Grundlagen einer geschunden juristischen Konstitution verlor.

Am Schluß machte Staatssekretär von Kühlmann Mitteilung davon, daß er gegungen sei, auf kurze Zeit zu verreisen. Die Zeit seiner Abwesenheit würde durch Verhandlungen von Wladimir Wladimirovitch und anderen in Brest-Litowsk vertretenen Bevollmächtigten-Delegationen und russischen Abordnungen auszufüllen sein. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Amtklicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 4. Februar.

Weltlicher Kriegsausplag.

In vielen Stellen der Front Artillerietätigkeit, die sich namentlich in Flamben zwischen dem South-Power Wald und der Ans. sowie bei der Ebnitz gegen Wold steigerte. Wichtig von Heilbrunn schickerte ein harter Erkundungs-vorstoß der Engländer; an der Mitt. nördlich von Wang drangen die Franzosen vorübergehend in unserer Postenstellung ein.

Eigene Infanterie und Pioniere hielten nordwestlich von Begonvauz 19 Gefangene aus den französischen Gräben.

In den Luftkämpfen und von der Erde aus wurden in den letzten Tagen 18 feindliche Flugzeuge und zwei Festballone zum Abwurf gebracht.

Italienische Front.

Zwischen Elth und Piave stattfand Artilleriekämpfe.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Die tägliche U-Boot-Strecke.

Berlin, 3. Februar. (Amth.) U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz:

18 000 Brutto-Registertonnen.

Die Schiffe waren fast sämtlich tieselnd und wurden zum größten Teile im Westmeere vernichtet. U. a. wurde hier ein großer Fischdampfer in gemündeter Eingänge aus einem G. Leitzing herausgeholt. Namentlich ist die U-Boot-Verluste der englische Dampfer „Hunsdon“ (3063 Tonnen) werden.

Der Chef der Admiralität der Marine.

Finnische Schützenregimenter 12 Kilometer vor Helsingfors.

Saag, 4. Februar. (Privattelegramm.) Die „Morning Post“ meldet aus Helsingfors: Die finnischen Schützenregimenter standen am Sonntag nur noch 12 Kilometer von der Hauptstadt entfernt. Man erwartet nämlich den Angriff auf die Vorwerke von Helsingfors.

Nordamerikas Schiffsverluste.

In einem Jahre 60 amerikanische Schiffe versenkt. Zürich, 4. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Marine“ meldet aus New York: Nach amtlichen Meldungen ist festgestellt worden, daß in der Zeit vom 1. Februar 1917 bis 1. Februar 1918 60 amerikanische Schiffe mit 171 000 Tonnen von der Deutschen U-Booten versenkt worden sind. Die Zahl der durch diese Schiffsverluste verursachten Menschenopfer beläuft sich auf über 300.

Kampfs Antwort an die Sozialdemokratie

Berlin, 4. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Auf den sozialdemokratischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages antwortete Präsident Kampp folgendes:

Meiner Antrag auf Einberufung des Reichstages habe ich die Herren Vorsitzenden des Senats, der Nationalparlamentarier der norddeutschen Volkspartei, der Deutschen Demokraten und der Deutschen Sozialisten befragt. Sämtliche Herren haben sich gegen Ihren Antrag ausgesprochen. Ich nehme daher von einer Einberufung des Reichstages Abstand. **Kampff.**

ist eine lächerliche Summierung des Angelegten Trozki an die Zentralmächte, daß sie ihre Erklärung zu der Selbständigkeit der Ukraine erteilen sollen, nachdem die bisher über diese Frage geflohenen Verhandlungen nicht mehr in den Kram Trozki passen. Graf Czernin veränderte nur gutes Recht, wenn er die Anbahnung Trozki ablehnte und deutlich ausdrückte, daß die Mittelmächte an ihren Anbahnungen über die Selbständigkeit der Ukraine nichts zu ändern haben. Damit war Leo Trozki an den Branger gestellt. Das in West-Bukowina unheimlich zum Gedächtnis gewordene Friedenstribunal hat gegen ihn und seine Anhänger über die Selbständigkeit entschieden. Herr Trozki mag sehen, wie er sich mit dem Spruch abfindet. Welches trägt die Entscheidung dazu bei, daß Kharzewitz in Bände geschlossen wird. So kann es jedenfalls nicht weiter gehen! Die Friedensverhandlungen in West-Bukowina werden zur Sache, wenn es Herrn Trozki überlassen bleibt, zur Berücksichtigung eines politischen Ergebnisses immer neue Streitobjekte in die Debatte zu werfen. Wleffsch erwidert man sich bei den Besprechungen in Berlin, die dort zwischen Lubendorff, Czernin und Kühlmann stattfinden, auf eine Paß, auf der Trozki zu einem klaren Befehntnisse veranlaßt wird. Frieden oder Beendigung der Verhandlungen! Eine solche Herr Trozki gestellte Paß würde jedenfalls in deutschen Völkern Verständnis und freundlichen Widerstand finden. C. H.

Trozki's Revolutionsgedanken.

Wien, 4. Febr. Jetzt steht man, warum Trozki die Friedensverhandlungen von West-Bukowina in der unerhöflichen Absicht verweigert, so heißt es in der Wiener Presse. Man hat sich zu fragen, was für ein Mann, warum er die Entscheidungen, die auf den Instruktionen des Kaiserlichen Reichsrates, in Wien selbst, in Berlin, Bukau und Polen über die zukünftige staatliche Ordnung bereits gefallen sind, nicht anerkennen will. Er will eben in Wahrheit nur revolutionieren, alles andere ist ihm fremd. Sieht man die Ukraine und Finnland, dann kommen Kurland, Litauen und Polen an die Reihe, dann aber, und erst recht, die Mittelmächte. Auch dieser Gedanke entbehrt einer gewissen Begründlichkeit, aber er ist gleichwohl so trostlos abweisend, daß man glücklicherweise nicht mehr zu rechnen braucht. Die paar Bolschewiki, die wir in Deutschland haben mögen, werden nie eine ernsthafte Rolle spielen. Es ist nur traurig, daß sich ernstliche Leute zu Handlungsergebnissen für sie hergeben. In der „Lagün-Rundschau“ heißt es, der Verlauf des Arbeiterkampfes habe gezeigt, daß die Meinung der Centralen und des Herrn Trozki, daß Deutschland zur Revolution reif sei, eine grundsätzliche war. Der Streit ist von der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse abgelehnt worden.

Wiederaufnahme der Arbeit.

WTB. Breslau, 2. Febr. Nachdem in verschiedenen Werken Streik am 1. Februar eine teilweise Arbeitseinstellung erfolgt war, ist bereits am 2. Februar fast vollständig die Arbeit wieder aufgenommen worden.

WTB. Köln, 2. Februar. Wie die „Kölnische Sta.“ meldet, ist in den hiesigen Werken vollständig die Arbeit wieder aufgenommen worden, so daß die Ausnahmehandlung als beendet gelten kann.

WTB. Bremen, 2. Februar. Wie die „Lehrzeitung“ berichtet, hat heute nachmittags eine Besprechung der Arbeitervereine stattgefunden, die Beschlüsse in jeder Richtung zu fassen.

WTB. München, 2. Februar. In der Kammer der Abgeordneten hat heute Abgeordneter Schmidt (Soc.) mitgeteilt, die sozialdemokratische Partei würde da aufhören, sich am Montag die Arbeit in den Betrieben wieder aufnehmen zu lassen.

WTB. Berlin, 2. Februar. Wie die „Berliner Volkszeitung“ berichtet, über die Bekämpfung von Minderern Streikführern auch auf die übliche Abmahnung einzelner Verhafteter hingewiesen worden sei, erklärte Minister des Innern von Brecht, daß die Selbstbestimmung von Personalien erfolgt sei, damit die Allgemeinheit erfahren, woher jene Personen gekommen seien. Nicht Einzelne, sondern Fremde hätten den Streik in München geführt; eine amtliche Abhilfe habe nicht in der Berücksichtigung der Polizei gelegen.

Kühlmann, Czernin und Lubendorff in Berlin.

Berlin, 3. Februar. (Nichtamtlich.) Zur Teilnahme an einer Beratung über politische und wirtschaftliche Fragen aus dem gemeinsamen Interessengebiet Deutschlands und Oesterreich-Ungarns werden, wie wir erfahren, morgen der Staatssekretär v. Kühlmann, Minister Graf Czernin und General Lubendorff hier eintrifften. Auch der deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, wird zu der Besprechung in Berlin erwartet.

Argentinischer Dampfer versenkt.

Genf, 1. Februar. (Kölnische Drahtnachricht.) Der argentinische Dampfer „Argentino“ (2338 Tonnen) wurde nach einer „Tempo“-Meldung in den europäischen Gewässern versenkt.

Schwere Anklagen gegen den englischen Kriegsminister.

In der „Daily Mail“ richter Lord Foster an den Earl of Derby folgende Anklagen: Als Staatssekretär des Krieges ist es Ihre Pflicht, für die Herbeiführung, gegen die sich meine Kritik wendet, zu sprechen; es handelt sich dabei um eine sehr ernste Sache, die Menschenleben betrifft. Meine Kritik bezweckt zu erwirken, daß die jetzt eingezogenen Männer so vorzuziehen wie möglich verwendet werden. Was ist die Antwort des erwählten Sprechers des Generalstabes? Während die Regierung eine weitere halbe Million Menschen verlangt, fordert der Generalstab 1 1/2 Millionen. Die politischen Infringanten und Anwerber des großen militärischen Hoffensplans verlangen, daß wir andere Politiker bekommen; die Politiker sind aber nicht faul, wenn wir den Krieg nicht gewinnen; es ist nicht ihre Sache, Angriffspläne zu machen. Die Verteidiger des Generalstabes weisen ihnen vor, daß sie nicht genügend Männer herbeiführen können. Ich frage: sie haben genügend Leute aufgebracht, was aber ist mit ihnen geschehen? Wenn wir nicht genügend Leute hatten, warum wurde der große Offensivplan gemacht? Nachdem der Generalstab sein Ziel bei Herrn nicht erreicht hatte, wurde eine neue Schlacht bei Cambrai vorbereitet. Es mußte gemacht werden, daß wir vorzuziehen

knapp an Leuten waren. Es mußte erwiesen, daß der französische Generalstab mit Mithilfe von unheimlichstolzen und verschwundenen Methoden betrogen wurde. Trotzdem wurde wieder angegriffen — und wieder gab es einen Mißerfolg. Hat die Regierung die Heere und Generalstab nicht gemacht oder der Generalstab Herrsel in die Hauptrolle gespielt? Der Regierung wird vorgeworfen, daß Millionen von Menschen im Lande untätiggeblieben werden. Es wird erklärt, daß wir noch viele Milio-

nen Menschen im dienstfähigen Alter in Hinterbänken haben. Die Arbeiter wissen, daß das nicht wahr ist. Man lese doch die veröffentlichten Listen an, man achte auf die Frauen, die überall Mannesarbeit leisten, und frage sich selbst, ob diese Bezahlung stimmt. Dadurch sollen die Fehler des Generalstabes verdeckt werden, indem vorgeschrieben wird, daß er niemals genug Leute zu Verfügung gehabt hat. Die Arbeiter aber sowie die ganze Nation wissen, daß unser Land beinahe weißgeblutet ist.

Der Vierbund und die ukrainische Selbständigkeit.

Die weitere Verteidigungsrede des ukrainischen Vertreters. — Die Vierbündmächte halten an der staatlichen Selbständigkeit der Ukraine fest.

Der ukrainische Delegierte Kubinski führte in seiner in West-Bukowina auf die Ausführungen Trozki gehaltenen Erwiderung meißel aus:

Die maximalistische Regierung weiß sehr wohl, daß nicht nur die zahlreichen Republikanten, die Ukraine, das Dongebiet, der Kaukasus und andere, sie nicht als ihre Regierung anerkennen werden, sondern daß auch das russische Volk selbst ihr dieses Recht verweigern wird. Aus das

Furcht vor der Entwidlung der nationalen Revolution

haben die Bolschewiki mit der ihnen angeborenen Demagogie, sowohl in Rußland selbst wie hier auf der Friedenskonferenz das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts aufgestellt. Zur Bekämpfung der Durchführung dieses Prinzips in die Praxis nehmen sie ihre Zuflucht nicht nur zu den Soldatenregimenten der roten Garde, sondern sie streben nach zu stilleren und unverschieblichen Mitteln: sie unterbinden die Zeitungen, jagen politische Versammlungen auseinander, verhaften und erschrecken Politiker und greifen schließlich dazu, durch vollständig falsche und tendenziöse Schilderungen die Autorität der Regierung der einen oder der anderen jungen Republik zu untergraben. Bekannte Sozialisten und alte Revolutionäre werden von ihnen beschuldigt, als wären sie Bourgeois und Gegenrevolutionäre. Die Regierung der Bolschewiki erklärt den heiligen Krieg der Republik, indem sie die Vertretung der Bourgeoiserepräsentation verbannt, mit demnach die sozialistische Regierung der Bolschewiki selbst über die Beendigung des bruderwunden Krieges keine Verhandlungen pflegen will.

So führt die Regierung der Bolschewiki anstatt des Grundgesetzes des Selbstbestimmungsrechts die

Grundgedanken der Anarchie und der Zerrüttung durch, da sie weiß, daß es leichter ist zu zerstören, als neu zu schaffen, und sie hält sich an das alte französische Sprichwort: Verleumde, verleumde, es wird schon etwas halten bleiben.

Der Kampf der Petroburger Regierung gegen die Regierung der ukrainischen Republik und ihre offensichtliche Unaufrichtigkeit bei der Anerkennung der Berechtigung unserer Delegation hat schon früher bei uns nicht unbegründeten Verdacht hervorgerufen, wie waren überlegt, daß Herr Trozki sehr bald verschwinden würde, sich von den deutschen Klerikern und ungewissen Worten loszusagen, mit welchen er unsere Delegation als bevollmächtigte Vertretung unserer Republik anerkannt hätte. Unsere Erwartungen haben sich bewahrheitet.

Am Tage, an welchem wir nach Kiew abreisten, am nächsten frühmorgens zu früh, ist auf Anforderung und unter gütiger Mitwirkung der Bolschewiki über Petersburg und Dnipro eine neue Delegation hier eingetroffen, welche das Ziel hatte, unsere Anwesenheit in den Augen der arbeitenden Massen Gewogen zu untergraben. Um die Rechte und den Charakter dieser Delegation genauer zu begründen und zu umschreiben, müssen wir näher auf diesen Punkt eingehen.

Das durch gemeinsame Ideale und gemeine nationale Bestrebungen geeinte ukrainische Volk, das zu ruhigen und geordneten Formen des staatlichen Lebens neigt, hat sich vom ersten Augenblick an mit Eifer der schon lange erwarteten Möglichkeit des staatlichen Aufbaues gewidmet.

Die ukrainischen Arbeiter Soldaten und Bauern haben es unter dem Schutze der aus ihren Reihen hervorzuwachsenden ukrainischen Intelligenz nicht nur geschafft, sich selbst zu emanzipieren, sondern sie haben auch die Existenz von Arbeitergruppen nicht ukrainischer Herkunft, welche auf ukrainischem Boden leben mit herangezogen.

Als Ergebnis dieser Arbeit ist die ukrainische Rada entstanden, die sich aus den Vertretern der ukrainischen Soldaten, Bauern und Arbeitern zusammensetzt. Die ukrainische Rada hat durch ihre Universalien dem ukrainischen Volk seinen Weg gewiesen. Die ukrainische Rada, die schon im Juni v. J. die erste ukrainische Regierung, das Generalsekretariat, gewählt hat, hat damit die erste Regierung in Rußland gebildet, die ausschließlich aus Sozialisten zusammensetzt ist.

So hat das ukrainische Volk Schritt für Schritt durch eigene Arbeit seinen eigenen Staat geschaffen und zur Einnahme in unsere inneren Verhältnisse hat die Petroburger Regierung keinerlei Veranlassung und keinerlei Grund. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß nach dem Gebiete der Ukraine und nach den daran anschließenden Fronten schon unter dem zarischen Regime vorzugsweise Soldaten nicht-ukrainischer Abstammung eingesetzt wurden, und es ist während der Revolution nicht gelungen, die Ukraine von diesen zugezogenen und ihr fremden Elementen zu befreien.

Während die ukrainischen Soldaten von allen Kriegsgesellschaften und von allen Fronten in Belagerung auf der Frontengrenze nach Kiew strömten und sich alle um die ukrainische Militärrada organisierten, die einen Teil der Kiewer und Zentralrada bildeten, haben die nicht-ukrainischen Soldaten in einigen Städten der Ukraine ihre Soldatenräte gegründet, die keinerlei Einfluß haben auf das Leben der um sie liegenden Gebiete. Man muß allerdings nehmen an, daß diesen Sowjets auch Vertreter der betreffenden Städte teil.

In dem Wunsch, sich unter diesem oder jenem Vorwande in das innere Leben der Ukraine einzumischen, haben die Petroburger Bolschewiki angefangen, von der ukrainischen Regierung zu verlangen, daß die ganze Regierungsgewalt in der Ukraine gerade diesen Soldaten übergeben werde, ohne jede Berücksichtigung der von den Bolschewiki auf der Friedenskonferenz aufgestellten Forderungen, — daß fremde Truppen aus belagerten Gebieten fortzuführen seien —. Natürlich konnte die ukrainische Regierung diese Forderung nicht erfüllen.

Den zweiten Anlaß zur Einnahme in das innere Leben unserer Republik bildete die Forderung der Petroburger Bolschewiki, Neuwahlen der Zentralrada zu veranstalten. Zudem ist bereits laß, daß eine derartige Forderung eine offensichtliche Verletzung des Selbstbestimmungsrechts ist, ist

die Forderung auch deswegen undurchführbar, weil die Beschlüsse über die Vertretung in der Rada jeden Augenblick von Wählern das Recht geben, ihren Vertreter in der Rada abzuwählen und ihn durch einen anderen zu ersetzen. Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung ganz Rußlands, die Ende November vorigen Jahres stattfanden, führten auf dem ganzen Gebiete der Ukraine zu einem allmählichen Siege der ukrainischen Zentralrada und zum Siege der darin organisierten Parteien, indem von den ukrainischen Kandidaten über 75 Prozent gewählt worden sind, während die anderen Parteien, die in der Zentralrada vertreten sind, etwa 15 Prozent, die Bolschewiki sogar weniger als 10 Prozent erzielt haben.

Zum Beispiel sind im Gouvernement Kiew auf Grund unserer Maßregeln 20 von unseren Kandidaten zu 20 vorgeschlagenen gewählt worden, im Gouvernement Posen von 19 Kandidaten 18, in Wolynien von 10 Kandidaten 9, in Poltawa von 17 von 14. Ich nehme an, daß das genügt. Das sind die Wahlen, auf welche sich die ukrainische Zentralrada stützt und in deren Namen wir hierher gekommen sind, um hier zu sprechen.

Jetzt hat die Petroburger Regierung beschlossen, zum letzten Mittel zu greifen. Sie hat am 2. Dezember in Kiew unter dem Scheinenden Einverständnis der Zentralrada ein ukrainisches Komitee der Bauern und Soldaten einberufen. Auf den Antrag traten über 200 Delegierte ein, und entgegen den Hoffnungen der Einberufer begannen sie ihre Sitzungen mit lauten Demonstrationen

für die Kiewer Zentralrada

und deren Vorherrschen Herrn Professor Gruzewski und haben der Zentralrada mit übermächtiger Mehrheit ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Nach diesen Vorgängen ist eine kleine Gruppe von Bolschewiki, etwa 20 Mann, von diesen Komitee entlassen, ist nach Kharzew überliefert und hat sich als neue Regierung der ukrainischen Volksrepublik erklärt. Die Bolschewikminister haben dorthin unorganisiert E. A. den roten Garde entsandt, um die Bevölkerung des Gouvernements Charlow auszulöschen und die Charlower Regierung vor den Bewohnern des Gouvernements Charlow zu schließen.

So ist die Charlower Regierung entstanden

und das sind die Kräfte, auf die sie sich stützt. Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß sie nicht nur nicht berufen ist, die ukrainische Republik zu vertreten, sondern daß sie kaum als Vertretung der Stadt Charlow angesehen werden kann.

Was die anderen Bemerkungen des Herrn Trozki, die wörtlich aber nur zwischen den Zeilen erfolgt sind, hätte ich es nicht für nötig, zu antworten. Unsere Zukunft, unsere Geschichte, unsere Hoffnungen und die Rechte der Massen des arbeitenden Volkes, die auf beiden Seiten der Fronten stehen, werden selber darüber entscheiden, wer von uns Recht hat und wer die Schuld hat, wer Sozialist ist und wer Gegenrevolutionär, wer schaff und wer das Geschickliche vertritt.

Hierauf gab der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation Graf Czernin im Namen der Delegationen folgende Erklärung ab:

„Im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte beehre ich mich, zu der abgegebenen Erklärung der ukrainischen Delegation folgendes anzuführen: Wie bekannt hat der Vorsitzende der ukrainischen Delegation Staatssekretär Holubowitsch in der Plenarsitzung vom 10. Januar 1918 erklärt, die ukrainische Volksrepublik nehme, jedoch auf die 3. Annäherung der ukrainischen Zentralrada vom 7. 20. November 1917, ihre internationale Existenz wieder auf“ und trete „in vollem Umfang der ihr auf diesem Gebiete zukommenden Rechte in internationale Beziehungen ein“. Mit Rücksicht hierauf hatte es die Regierung der ukrainischen Volksrepublik für richtig, „auf den jetzigen Friedensverhandlungen eine selbständige Stellung einzunehmen“. Hierauf habe ich in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 namens der vier verbündeten Mächte folgende Erklärung abgegeben:

„Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an.“

In Hinblick auf die veränderte Stellung, welche der Vorsitzende der russischen Delegation in der Plenarsitzung vom 30. Januar in dieser Frage eingenommen hat, wonach nur solche Abkommen mit der Ukraine anerkannt und akkordiert werden könnten, welche durch die Regierung der ukrainischen Republik Rußland formell bestätigt seien, geben die Delegationen der vier verbündeten Mächte angelehnt des oben angelegten Standpunktes der Delegation des Kiewer Volksministers folgende Erklärung ab:

Wir haben

keinen Anlaß, die in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 erfolgte Anerkennung der ukrainischen Delegation als einer selbständigen Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der ukrainischen Volksrepublik zurückzunehmen oder einzuschränken.

Wir haben uns nicht weiter veranlaßt, die ukrainische Volksrepublik schon jetzt als unabhängig anzuerkennen, bevor sie nicht anerkannt und anerkannt werden, der in der Lage ist, selbständig internationale Abmachungen zu treffen.“

Herr Trozki bemerkt kurz, er habe seine bisherige Auffassung über die ukrainische Staatlichkeit nicht geändert und müsse darauf hinweisen, daß es den vier verbündeten Mächten schwer fallen werde, die geographischen Grenzen der von ihnen schon anerkannten Republik anzugeben. Bei Friedensverhandlungen seien aber die Grenzen eines Staates keine geringfügige Frage. Sodann wurde die Sitzung geschlossen.